



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes

- 2. Open-Data-Gesetz

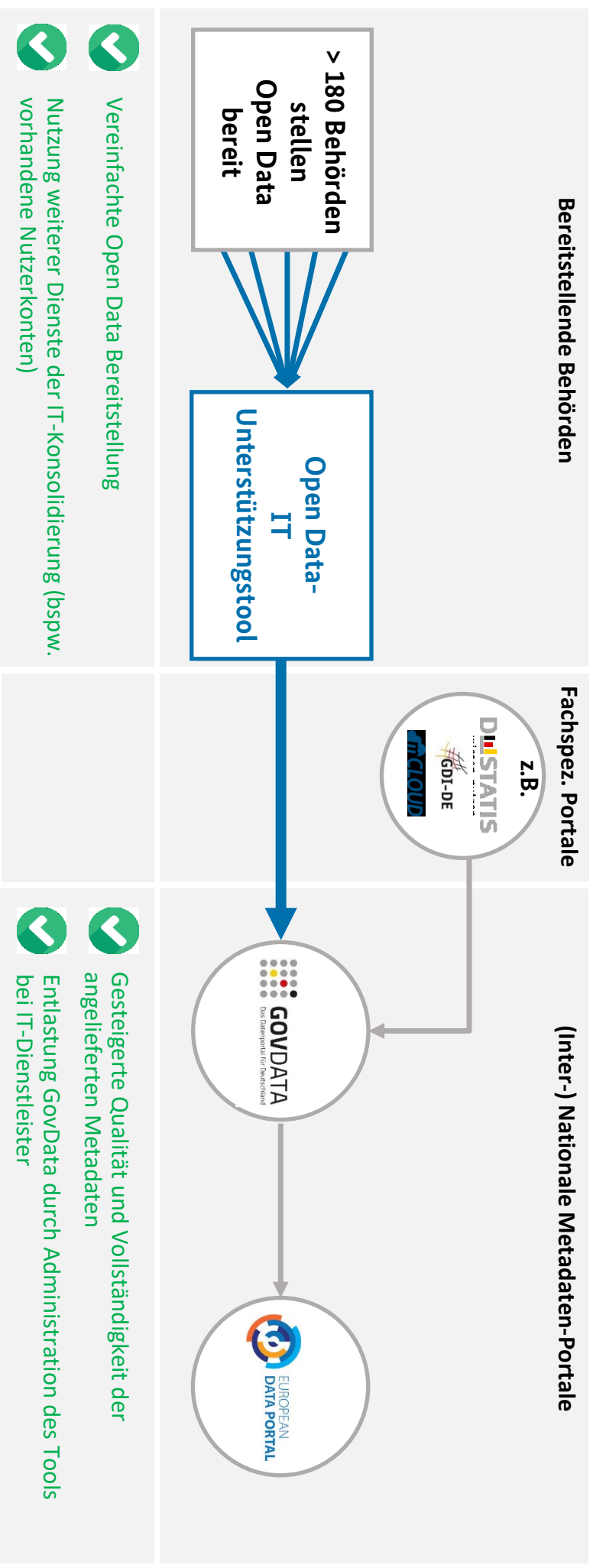
Berlin, 25. Februar 2021

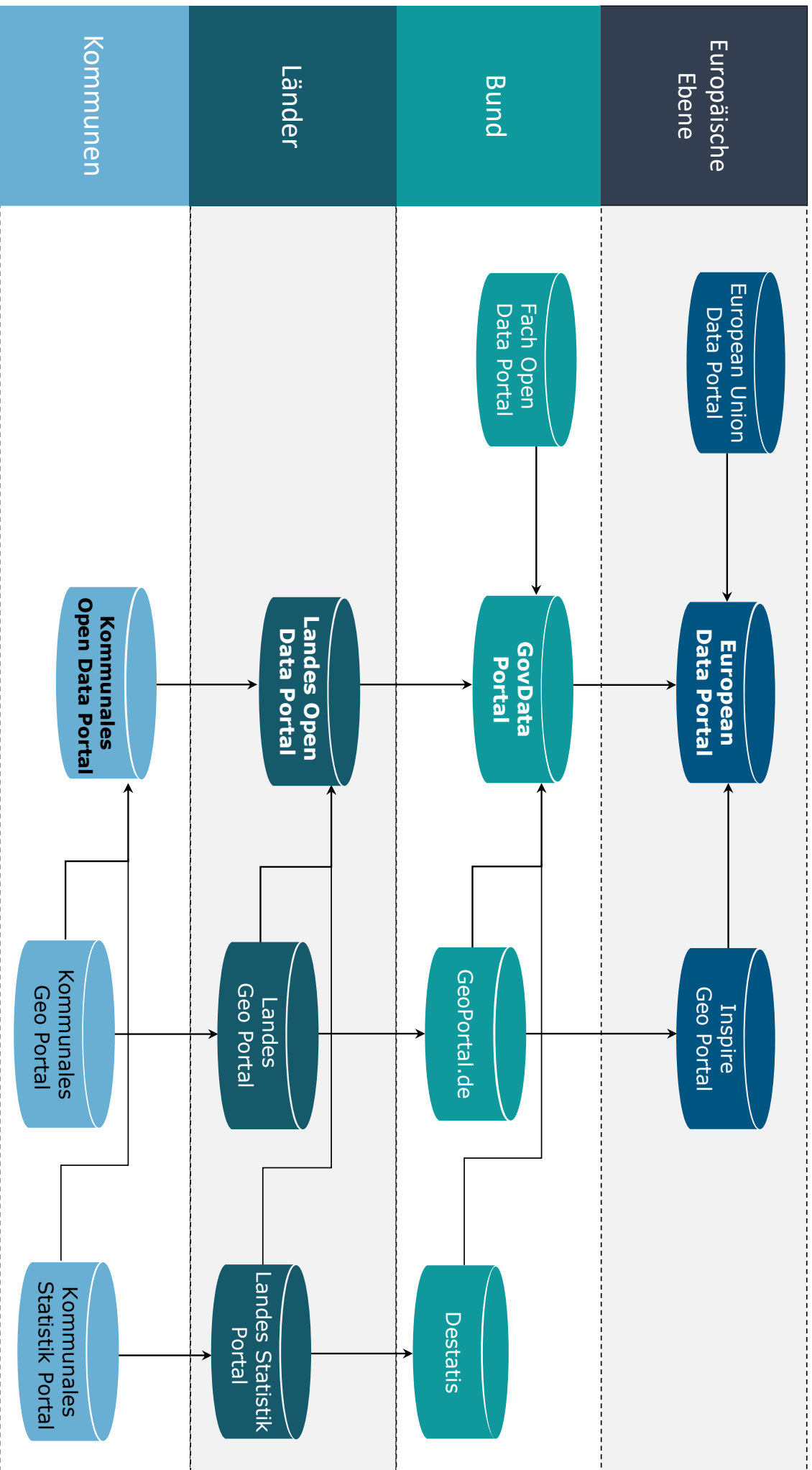
Agenda

1. Zielbild der Open-Data-Bereitstellung
2. Änderung: Pflicht zur Bereitstellung unbearbeiteter maschinenlesbarer Daten
3. Änderung: Ausweitung des Anwendungsbereichs des § 12a EGovG
4. Änderung: Streichung Ausnahmetatbestand für Forschungsdaten
5. Änderung: Einrichtung von Open-Data-Koordinator*innen
6. Zeitlicher Horizont der Änderungen des Open-Data-Gesetzes

Zielbild der Open-Data-Bereitstellung

Künftig sollen Metadaten grundsätzlich über ein Tool an GovData geliefert werden – dies erleichtert die Bereitstellung und steigert die Datenqualität





Pflicht zur Bereitstellung unbearbeiteter maschinenlesbarer Daten

Alt:

- (5) 1: Die Daten werden **grundsätzlich** maschinenlesbar bereitgestellt.
- (2) Nr. 4: [Absatz 1 S. 1 gilt nur für Daten, die...] nach der Erhebung **keine Bearbeitung** erfahren haben, ...



Neu:

- (1) 1: Die Behörden... stellen **unbearbeitete maschinenlesbare Daten**,... bereit.
- (2) Nr. 4 Neufassung: Klarstellung des **Begriffs der unbearbeiteten Daten**



Gesetzgeberische Intentionen:

- Verbesserung der Qualität der Datenbereitstellung und -nutzung
- Open-Data-Gesetz soll auf primär erhobene Daten abheben



Ausgestaltung & Folgen:

- Erfordernisse als neue Tatbestandsmerkmale in Absatz 1 Satz 1
- Aufbereitete Endprodukte (z.B. PDF-Dokumente)
 - gelten nicht als maschinenlesbar
 - fallen damit nicht unter Bereitstellungspflicht

Ausweitung des Anwendungsbereichs des

§ 12a EGOVG

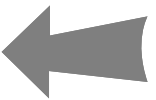
Alt:

Datenbereitstellungspflicht für Behörden der
unmittelbaren Bundesverwaltung



Gesetzgeberische Intentionen:

- Möglichst umfassende Veröffentlichung offener Daten des Bundes
- Erhöhung des Open-Data-Aufkommens



Neu:

Datenbereitstellungspflicht für **Behörden des Bundes** (mit Ausnahme der Selbstverwaltungskörperschaften und Beliehene)



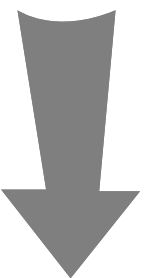
Ausgestaltung & Folgen:

- Einbeziehung der mittelbaren Bundesverwaltung wird geubnet durch:
 - Einheitliche Schnittstelle zu GovData
 - Maßnahme IT Unterstützung Open Data zur optimierten Nutzerverwaltung
- Voraussichtliche Erhöhung der verpflichteten Behörden um **64** (bisher **122** Behörden)

Streichung des Ausnahmetatbestands für Forschungsdaten

Impulse für die Änderung:

- Langjährige Bemühungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für erhöhtes Bewusstsein für Forschungsdatenmanagement sowie besseren Zugang zu Forschungsdaten
- Koalitionsvertrag Union & SPD 2018: Aufbau einer nationalen Forschungsdaten-Infrastruktur



Zielprojektion

- Forschungsdaten sollen systematisiert und nachhaltig zugänglich gemacht werden
- Verringerung der Eintrittsbarrieren für die Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben
- Erhöhung der Anzahl an Forschungsvorhaben sowie deren Replizierbarkeit

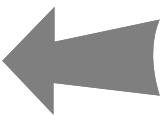


Streichung des Ausnahmetatbestands für Forschungsdaten

Alt: (2) Nr. 5: [Absatz 1 S. 1 gilt nur für Daten, die...] **nicht für Forschungszwecke** erhoben worden sind.



- Gesetzgeberische Intentionen:**
- Förderung der Bereitstellung un bearbeiteter maschinenlesbarer Forschungsdaten
 - Förderung einer „Open-Science-Kultur“



Neu: Datenbereitstellungspflicht für **Behörden des Bundes** (mit Ausnahme der Selbstverwaltungskörperschaften und Beliehenen)

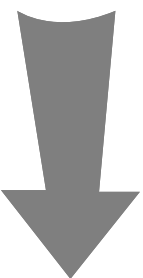


- Ausgestaltung & Folgen:**
- Berücksichtigung der Diversität in der Forschung
 - keine Doppelstrukturen: Metadaten müssen nicht bei GovData hinterlegt / Hinterlegung z.B. über **NFDI**
 - Bereitstellung personenbezogener Daten nur wenn anonymisiert vorhanden
 - Verzögerte Bereitstellungsfrist (erst nach Erfüllung des Forschungszwecks)

Einrichtung von Open-Data-Koordinator*innen (Neu: Absatz 9)

Gesetzgeberische Intentionen:

- Aktive Stärkung der Bedeutung von Open Data in den Behörden
- Mehr Ressourcen für Auseinandersetzung mit Open Data
- Schaffung eines „single point of contact“ für CCOD und GovData



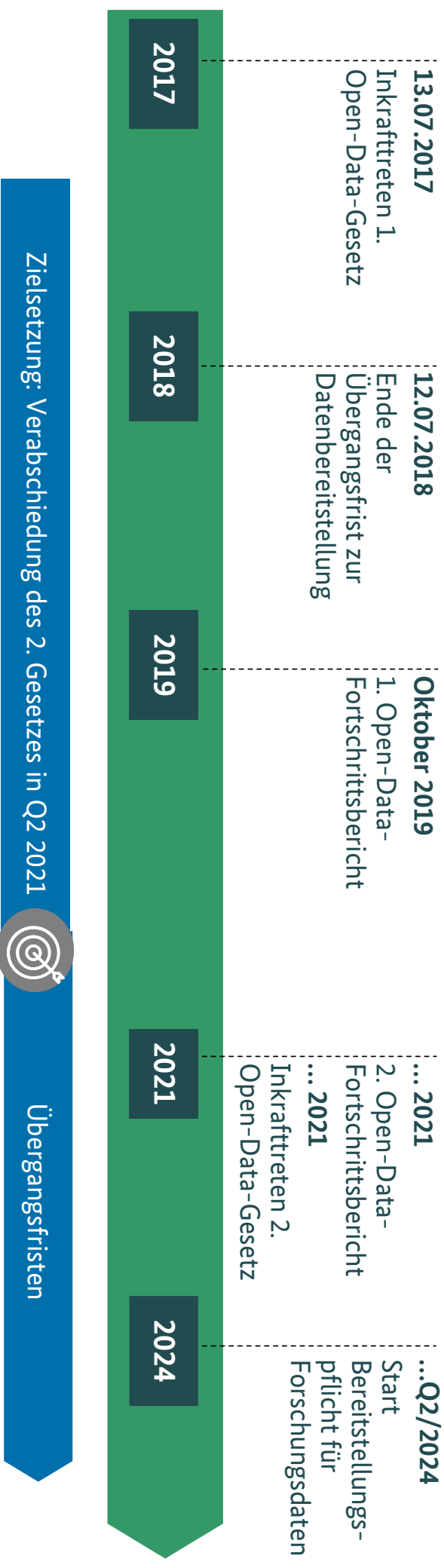
Ausgestaltung & Folgen:

- verpflichtend in Behörden mit >50 Beschäftigten
- freiwillige Benennung möglich
- zentrale Beratungs- und Ansprechperson für
 - Identifizierung, Bereitstellung und Weiterverwendung offener Daten
 - Durchsetzung der Open Data Ziele des Bundes
- Sensibilisierung, Schulung und Beratung von Mitarbeitenden

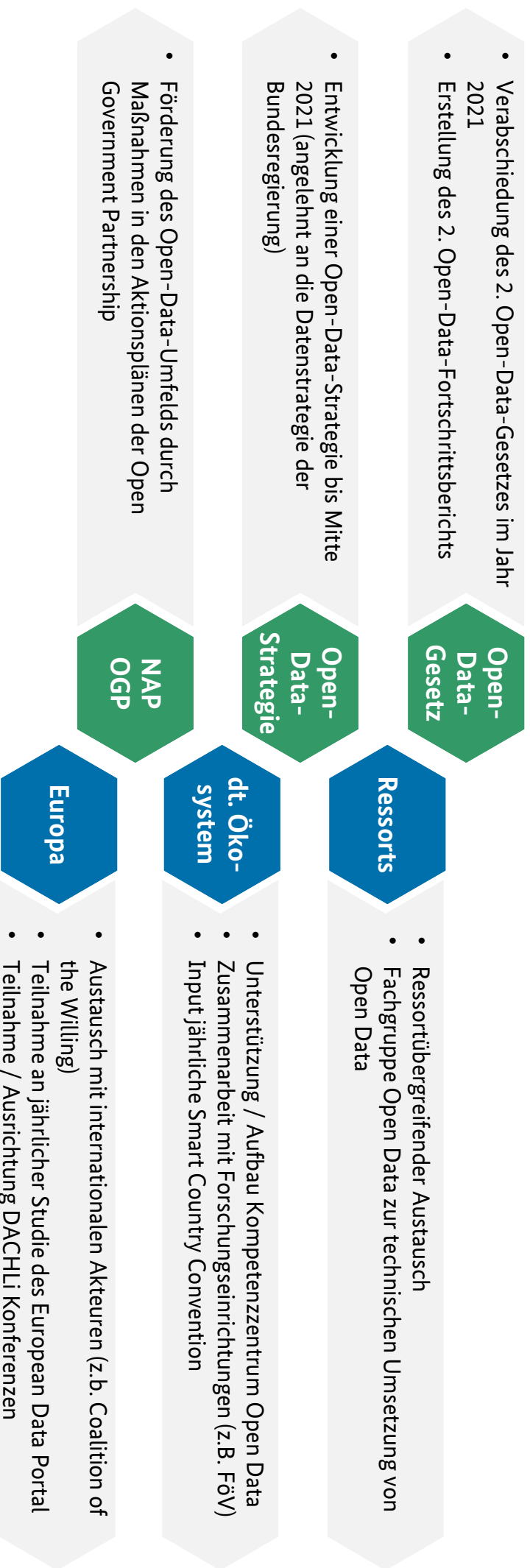
Rückmeldungen 1. Fortschrittsbericht:

- Angabe von 57 %: zu wenig Ressourcen für OD
- Angabe von 40 %: nur unzureichendes Wissen der Mitarbeitenden
- Angabe von 79 %: keine Nutzung des Angebots des CCOD

Zeitlicher Horizont der Änderungen des Gesetzentwurf



Vielfältige Open-Data-Maßnahmen & Tätigkeiten des BMI



Kontakt

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Referat DGI1 –

Grundsatz; Digitalpolitik; EU und Internationales

DGI1@bmi.bund.de